

Integration im Landkreis Ludwigsburg

Schaffen wir das wirklich?

Jens Hübner (SPD), Bürgermeister von Markgröningen
Fotos: Simon Granville

„Frustrierend, wie viel Ressourcen das verschlingt“

MARKGRÖNINGEN. Wir haben in den vergangenen Jahren tolle Bürger hinzugewonnen, die sich hervorragend integrieren, deutsch lernen und eine Ausbildung machen. Diese Menschen sind motiviert, werden aber immer wieder zurückgeworfen. Beispielsweise durch lange Verfahren beim Jobcenter und ewiges Warten auf Integrationsfachkräfte für ihre Kinder. Ich kenne einen Afghanen, der deutsch spricht und ein gutes Gehalt in der Industrie verdient – er findet aber seit Jahren keine Wohnung und lebt immer noch in einer städtischen Unterkunft. Das liege an seinem Namen, sagt er mir, Vermieter ignorieren seine Anfragen.

Zur Wahrheit gehört aber auch, dass ein Teil der Einwanderer gar kein Interesse daran hat, sich zu integrieren. Die wohnen teilweise seit vielen Jahren hier und sprechen kein Wort Deutsch. Da macht es keinen Unterschied, wie viel Hilfe wir diesen Menschen zur Seite stellen, da ist offensichtlich kein Wille zur Integration gegeben. Es ist frustrierend zu sehen, wie viel Ressourcen diese Menschen verschlingen. Genauso frustrierend ist es, wenn diese Negativbeispiele pauschalisiert werden, um Migration insgesamt in ein schlechtes Licht zu rücken.

Für mich als Bürgermeister bleibt die Migration eine der größten Herausforderungen im Amt. Die Stadt Markgröningen hinkt schon länger ihrer Aufnahmequote hinterher. Dieses Jahr nehmen wir eine Unterkunft in Betrieb, nächstes Jahr stellen wir ein Containerdorf fertig – erfüllen damit aber immer noch nicht unsere Quote. Selbst mit diesen enormen Anstrengungen schaffen wir es aller Voraussicht nach nicht, die Quote für 2025 zu erfüllen.

Unter anderem deswegen würde ich weiterhin von einer Überforderung der Städte sprechen. Uns erreichen jährlich rund 80 Personen, gleichzeitig ist unsere Kapazität an Mitarbeitern, Ehrenamtlichen und Wohnraum begrenzt. Die Belastungsgrenze ist schon lange erreicht, das betrifft nicht nur uns als Stadtverwaltung – die Überforderung verhindert auch eine erfolgreiche Integration.



Raphael Dahler, Fachbereichsleiter Gesellschaftliche Teilhabe der Stadt Ludwigsburg

„Alle Behörden sollten besser aufgestellt werden“

LUDWIGSBURG. Nach Ausbruch des Ukraine-Krieges im Jahr 2022 hat die Stadt Ludwigsburg 1461 Geflüchtete zugewiesen bekommen, im Jahr darauf 682. Die bloße Anzahl an Zuwanderern ist schon eine riesige Herausforderung, die Arbeit mit den Ukrainern war aber nochmal deutlich aufwendiger. Da sie direkt in die Kommunen geschickt wurden, hatten sie einen hohen Hilfsbedarf, der zuvor noch von Landes-einrichtungen und vom Landkreis abgedeckt wurde.

Langsam pendeln wir uns bei einem Zuzug von rund 400 Personen pro Jahr ein, was immer noch deutlich mehr ist als zwischen 2015 und 2018 – aber immerhin normalisiert es sich. Wir sind nach dem Krisenmodus wieder auf Linie.

Zudem sehe ich kleine Fortschritte in der Integrationspolitik, beispielsweise haben jetzt auch Menschen mit Duldung die Möglichkeit zu arbeiten. Zuvor war diese Gruppe zum Nichtstun verdammt, hatten keine Perspektive und ist teilweise aus dieser Ausweglosigkeit heraus straffällig geworden.

Die Integrationsarbeit der Stadt ist derzeit an einem Scheideweg. Ab nächstem Jahr geben wir die freiwillige Leistung des Integrationsmanagements an den Landkreis zurück, wir haben dann rund 20 Sozialarbeiter weniger. Bei uns hat sich ein Mitarbeiter um 80 bis 100 Geflüchtete gekümmert, im Kreis kommen auf ein Mitarbeiter 120 Hilfesuchende. Für eine gelingende Integration geht es nicht nur um diesen Schlüssel, dieser ist ein Teil. Vielmehr sollten alle Behörden besser aufgestellt werden. Dies betrifft beispielsweise das Jugendamt, das Jobcenter, die Familienhilfe und die Migrationsberatung.

Es hapert aber auch an den Erwartungen. Wir als Gesellschaft müssen verstehen, dass Integration Zeit und Offenheit voraussetzt. Wir können nicht erwarten, dass Menschen ihre eigene Kultur von einem Tag auf den anderen abstreifen

und unsere anlegen. Integration ist ein Aushandlungsprozess: Es ist wichtig, Anpassung zu verlangen, genauso wichtig ist, Offenheit für fremdartige Kleidung und Essen zu haben – auch dafür, dass jemand zuhause eine andere Sprache spricht.

Nach den Anschlägen von Mannheim und Solingen sowie dem Rechtsruck bei den Landtagswahlen scheint die Willkommenskultur mehr denn je Geschichte. Begriffe wie Aufnahmestopp und Abschiebung beherrschen die Schlagzeilen – auch im Landkreis Ludwigsburg hat sich die Stimmung verändert. Doch das Thema ist vielschichtig, wissen fünf Menschen, die täglich mit dem Thema Migration konfrontiert sind. Sie berichten von langsamen Behörden, gefährlicher Islamfeindlichkeit und fordern mehr Einsatz von der Politik – aber auch von Geflüchteten.

Von Oliver von Schawen und Emanuel Hege

„Menschen brauchen Hilfe dabei, ihren Weg zu finden“

GERLINGEN. Seit gut acht Jahren engagiere ich mich in Gerlingen im Freundeskreis Asyl ehrenamtlich bei der Begleitung von Geflüchteten, inzwischen in der Hauptsache für junge Männer. Hier in Gerlingen gibt es neben der kommunalen Unterbringung noch eine Gemeinschaftsunterkunft des Landkreises, in der seit einiger Zeit nur Männer untergebracht sind, bei einer Maximalbelegung von bis zu 120 Personen.

Mit zunehmender Erfahrung haben wir gesehen, dass diese Gruppe es hier besonders schwer hat, denn die Herausforderungen alleine, ohne Rückhalt in der Familie, sind ohne Sprachkenntnisse zunächst schwierig. Auch verunsichert die schon immer dagewesene und immer mehr zunehmende Stigmatisierung viele Asylbewerber. Die Erfahrungen in der Heimat und bei der Flucht wirken oft auch noch nach. Die Menschen brauchen Begegnungen mit Menschen, die sie sehen, unterstützen und ihnen helfen, ihren individuellen Weg zu finden.



Gabi Deibler, Vorsitzende des Integrationsvereins Aussichtsreich Gerlingen

Daher hat sich aus unserer Gruppe heraus ein Verein gegründet: „Aussichtsreich“. Junge Männer kommen in eine saubere ruhige Umgebung und werden ganz individuell begleitet bei all den Herausforderungen, die das Asylverfahren, der Spracherwerb, die berufliche Orientierung und die Verbindung zu den Menschen vor Ort bedeuten. Menschen sollen sich kennenlernen. Beim Lernen, bei der Arbeit, im Sport, im Ehrenamt. Der Kontakt baut die Vorbehalte auf beiden Seiten ab. Ich kann nur über mich selbst berichten. Seit ich diese Arbeit mache, habe ich viel gelernt, über meine eigene Prägung und die damit verbundenen Vorurteile. Aber auch über die Besonderheiten anderer Kulturen. Es gibt auch Männer, die wir damit nicht erreichen. Sie isolieren sich, sind psychisch instabil, orientierungslos. Es ist wichtig, durch die aufsuchende Sozialarbeit diese Einzelfälle zu finden. Wenn wir Menschen nur verwalten und nicht sehen, kann das gefährlich werden.

Wir dürfen aber aus Einzelfällen nicht auf alle schließen. Es gibt nicht den typischen Afghanen oder Syrer, genau wie es nicht den typisch Deutschen gibt. Jeder von uns – Einheimische und Geflüchtete – hat eine Verantwortung, dass wir zusammenkommen, uns kennen- und verstehenlernen. Sprechen wir mehr miteinander als übereinander!



Monika Miller, Fachleiterin für Soziale Hilfen bei der Caritas Ludwigsburg-Waiblingen-Enz

„Wir müssen mehr in die Integration investieren“

LUDWIGSBURG. Gerade der tragische Fall in Solingen zeigt: Wir als Gesellschaft müssen mehr in die Integration investieren – und nicht die Haushaltsmittel dafür kürzen. Genau das wird aber seitens der Bundesregierung immer wieder getan.

Der Bund wollte die Mittel für Migrationsberatung im Jahr 2024 von 83 Millionen auf 50 Millionen Euro streichen, hat aber nach Einsprüchen zum Glück nur drei Millionen Euro gestrichen. Solche Kürzungen wirken sich in den Kommunen aus – dort gibt es zu wenig Vollzeitstellen. Leider sind für 2025 rund 20 Prozent an Streichungen im Gespräch.

Das größte Hindernis für die Integration ist die Bürokratie in unserem Land: Anträge für Geflüchtete sind viel zu kompliziert, sie wären selbst für gebildete Deutsche schwer auszufüllen. Wir sind der einzige Staat in Europa, in dem geflüchtete Menschen erst nachweisen müssen, dass sie den Futur Konjunktiv II richtig konjugieren können, bevor sie im Supermarkt ausshelfen dürfen.

Die allermeisten Geflüchteten wollen sich integrieren – es ist unbedingt nötig, sie schneller dem Arbeitsmarkt zuzuführen. Sie können zu Steuerzahlern werden, im besten Fall. Im schlechtesten Fall werden sie zu Sozialfällen – damit das nicht passiert, braucht es Förderung, Bürokratieabbau und vor allem Wohnraum: Es müssten mehr Anreize für die private Bauwirtschaft gegeben werden. Wir sind auf Einwanderung angewiesen und bräuchten jährlich 800 000 neue Menschen, nur um unseren Wohlstand zu halten.

Es ist wichtig, auch die Erfolge in den vergangenen zehn Jahren der Integration zu sehen. Vieles wird in unserem Land zu schwarzgesehen. Fälle wie in Solingen und Messerstechereien sind schlimm, aber es sind Einzelfälle. Natürlich haben wir ein Kapazitätsproblem, eine Begrenzung der illegalen Migration ist wichtig, die Bundespolitik ist an dem Thema dran.

Trotzdem brauchen wir vor Ort keine parteipolitischen Dogmen, sondern einen pragmatischen Umgang in den Kommunen – das ist zum Glück der Fall. So mancher Landkreis, auch der Ludwigsburger, springt ein, wenn der Bund Gelder streicht. Wertvoll ist auch der Einsatz der Ehrenamtlichen. Es sagte kürzlich einer der Geflüchteten: „Ohne die Oma, die jeden Tag Deutsch mit mir übte, wäre ich nicht dort, wo ich jetzt bin.“

„Das Problem ist doch die Person, nicht die Religion“

ASPERG. Vor zehn Jahren hätte ich mir nie vorstellen können, Syrien zu verlassen. Doch dieser Krieg ließ uns keine Wahl. Ich floh über die Türkei, wo ich unter unmenschlichen Bedingungen auf dem Bau arbeitete. Über Ungarn, wo ich zwei Tage in Haft saß. Über München, das Saarland, Mannheim –, um schlussendlich in Asperg anzukommen.

Ein Jahr lebte ich in der Stadthalle, eine schlimme Zeit ohne Privatsphäre, Heimat und Familie – aber mit einer Beschäftigung. Erst arbeitete ich in der Spülküche der Unterkunft und kam dadurch zu meinem Job bei einem Cateringunternehmen, bei dem ich bis heute arbeite. Ich habe meine Frau nachgeholt, die deutsche Staatsbürgerschaft und eine Tochter bekommen, eine waschechte Aspergerin mit syrischen Wurzeln.

Mein Leben ist gut, doch die Entwicklung der vergangenen Monate macht mir Sorgen. Muslime werden über einen Kamm geschert, nicht nur die AfD hetzt, auch die Sprache der CDU wird immer pauschalisierender. Anschläge wie die in Solingen sind schrecklich, doch das Problem ist doch die Person, nicht die Religion. Die steigende Islamfeindlichkeit sorgt für Abgrenzung und damit auch zu Angst unter den friedliebenden Geflüchteten.

Dafür habe ich kein Verständnis, für die Skepsis gegenüber Flüchtlingen im Allgemeinen aber schon. Ich verstehe, wenn Kranke und Behinderte Sozialhilfe bekommen. Ich verstehe es aber nicht, wenn Personen Geld bekommen, die seit Jahren kein Deutsch lernen und Arbeit verweigern. Besonders für uns Geflüchtete sowie Menschen mit italienischem oder türkischem Hintergrund, die sich in Deutschland etwas erarbeitet haben, ist das einfach nur frustrierend zu sehen.

Wer eine bessere Zukunft sucht, muss auch etwas dafür tun. Eine gelungene Integration gelingt nur im Gleichgewicht zwischen Nehmen und Geben. Ein Schutzsuchender wird erst einmal Hilfe und Zeit brauchen, so wie ich. Irgendwann muss er aber auch etwas zurückgeben.



Merie Khalil, Asperger mit Fluchtgeschichte